

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 5.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover, Sonnabend, den 2. März 1895.

Inserate kosten pro Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion und Verlag: Schmiedestraße 15.

4. Jahrg.

Die „Sozialreform“ unter dem „neuesten Kurs“.

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren“, so sagte der Nationalgöze Fürst Bismarck in der Reichstagsitzung am 26. November des Jahres 1884.

Die Furcht vor der immer mehr anschwellenden sozialdemokratischen Lawine, die trotz der Bekämpfung mit dem barbarischen Ausnahmegesetz immer mehr wachsende sozialdemokratische Wählerschaft zwang die maßgebenden herrschenden Kreise, neben der Politik mit der Peitsche auch zu der Politik des Zuckerbrotes zu greifen, um den Hülfe durch die Gesetzgebung heischenden Massen in der Glorie der Arbeiterfreundlichkeit zu erscheinen.

Gab es doch eine Zeit, in der man an maßgebender Stelle von einer sozialen Frage und der Nothwendigkeit einer Sozialreform partout nichts wissen wollte und in welcher die Politiker von Laster, Windthorst bis Bismarck erklärten: „die soziale Frage sei das Produkt hiruerverbrannter Agitatoren“. Unter dem Einfluß dieser Anschauungen kam im Jahre 1878 das Sozialistengesetz fluchwürdigen Andenkens zu Stande, mit dessen Hilfe die Agitatoren ausgewiesen, von Ort zu Ort gehetzt, bis zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz bestraft wurden. Unter gleichen Drangsalierungen ging man den Organisationen der Arbeiter zu Leibe. Auflösung derselben und Beschlagnahme ihrer Baarmittel waren an der Tagesordnung. Die Arbeiterpresse war so gut wie unterdrückt, und trotz alledem nicht der gewünschte Erfolg! Die Unterdrückung und Verfolgung befestigte das Band der Solidarität unter der ausgebeuteten Klasse, zahlreicher, enger scharten sich die Arbeiter um das rothe Banner der Freiheit! Die Verfolgung der Sozialdemokratie hatte nicht den gewünschten Erfolg, man war gezwungen, ihr entgegen zu kommen. Das geschah durch die Thronrede, mit der am 15. Februar 1881 der Reichstag eröffnet wurde. In derselben wurde gesagt, der Kaiser hege die Zuversicht, daß der Reichstag seine Mithilfe zur Heilung sozialer Schäden nicht verjagen werde.

„Diese Heilung wird nicht ausschließlich im Wege der Repression (Unterdrückung) sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein.“

In der Begründung zum Unfallversicherungsgezet, das im Jahre 1881 dem Reichstage zuging, hieß es: es sei eine

Aufgabe staatsbehaltender Politik, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung ist. „Zu dem Zweck müssen sie durch erkennbare direkte Vorteile, welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zu Theil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als einen lediglich zum Schutz der besitzenden Klassen der Gesellschaft erfundenen, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen. Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolgt, ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Vortretung dieses Weges nicht abhalten.“

Die Grundgesamtheiten dieser Politik sind die Arbeiterversicherungsgeetze. Unsererseits ist bei allen Gelegenheiten darauf hingewiesen worden, wie äußerst mangelhaft die gesamte Sozialgesetzgebung ist; daß derselben die richtige Grundlage mangle, ein Arbeiterschutz, der verhindert, daß Krankheit, Unfall und Tod wie bisher so viele Opfer fordern. Die von Seiten der sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträge, welche dahin zielten, einen wirklichen Arbeiterschutz einzuführen, scheiterten an dem Verhalten der Mehrheitsparteien. Ein Antrag, welchen das Centrum in einer arbeiterfreundlichen Umwandlung gestellt, und der vom Reichstag auch angenommen war, der die Kinder- und Frauenarbeit etwas regeln sollte, erlangte nicht die Zustimmung des Bundesrathes, welcher trotz der kaiserlichen Vorkunft eine abweichende Stellung über die Nothwendigkeit des Arbeiterschutzes annahm.

Der genommene Anlauf zu sozialen Reformen erlahmte rasch, und im Hinblick auf die Unterdrückungen, welche mit dem Sozialistengesetz gegen die Arbeiter ausgeübt wurden und dem künftigen Ergebnis der vielgepriesenen, wenig erfüllten Sozialreform, kirschte das Sprüchlein unter den Arbeitern: „Die Vorkunft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“.

Mit dem ausgehängten Köder einer als großartig gepriesenen Sozialreform, in Wirklichkeit blutwenig erfüllenden Arbeiterversicherung, deren Kosten die Arbeiter im Wesentlichen selbst aufzubringen haben, ließen sich dieselben nicht einfangen für eine governementale, regierungsfreundliche Politik, sondern gingen nach wie vor ihren eigenen Weg, vertrauend auf die eigene Stärke und Macht. Immer näher erscholl „der dumpfe Massenschritt der Arbeiterbataillone“, und wieder kam den Entsetzten eine Verheißung, und zwar in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890. In denselben wurde als Ziel der Regierungspolitik erklärt:

„Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Die Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“

Wie weit das in Vorstehendem gesteckte Ziel erreicht worden, ist unseren Lesern bekannt. Der neueste Kurs ist an jenem Grenzstein angelangt, von welchem der alte Ausgang: auf der Tagesordnung steht die Umsturzvorlage. Die staatsbehaltenden Parteien greifen wiederum zur Politik der Peitsche, scharen sich um die Krone, damit dem heiligen Profit kein Leid geschieht.

Ergötzlich ist es nun, mitanzusehen, wie das Centrum dem Arbeiterschutz und dem Mammon dienen will, oder wohl besser gesagt, dienen muß, im Hinblick auf seine Arbeiterwählerschaft. Die Stellung des Centrum, der Eier-tanz, welchen dasselbe bei Verathung der Umsturzparagraphe aufführt, hat die Wählerschaft, so weit dieselbe aus Arbeitern und Kleinbürgern besteht, stark verschupft. Die Mißbilligungen regneten nur so vom Himmel herunter. Da mußte die liberale Partei ihr arbeiterfreundliches Herz wieder einmal ausschütten und durch eine volksfreundliche That die rabiaten Wählermassen beruhigen. Es raffte sich zu einer Interpellation auf, welche der „große“ Sozialpolitiker und Verfasser der 25-Pfeinig-Kochrezepte, Kaplan Hise, begründete und folgenden Wortlaut hat: „Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten an die verbündeten Regierungen die Anfrage, welche gesetzlichen Bestimmungen sind — in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 — über die Formen in Aussicht genommen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgeberern und mit den Organen der Regierung befähigt werden? Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiterkammern) zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden auch gegenüber den Staatsbehörden baldmöglichst erwartet werden?“ Die Besprechung der Interpellation nahm 3 Tage in Anspruch. Sie erwies die vollständige Katholik-

Das Recht des Kindes.

Von Reinhold Herrmann.

Sie hatte das Träumen im Halbdunkel so lieb gewonnen, seit sie Braut war; der grelle Schein des Tages oder das künstliche Licht ließen ihr überdies nicht viel Zeit, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Sie hatte durch Musikstunden und eintönigen Elementarunterricht an einer Privatschule das harte Schicksal einer seit 18 Jahren ehelichen Frau zu erleichtern, deren einzige Tochter sie war. „Wittwe“ stand auf der Einwohnertafel des vielstöckigen Hauses des südböhmischen Industriestädtechens, in dem sie eine einfache Wohnung inne hatten, unter dem Namen der Mutter, aber gegen das Wort „Waise“, das für sie, das väterliche Mädchen, in unsichtbarer, geisterhafter Schrift daneben zu stehen schien, hatte sich in unerklärlicher Sehnsucht ihr Herz stets gestäubt.

Die Mutter hatte ihr vor Jahren schon, gleich nach der Konfirmation, eine lange Geschichte erzählt, der sie mit heißen Wangen lauschte. Die ersten Anfänge von Weltklugheit und Erfahrung waren daraus für sie aufgegangen; aber sie hatte doch ganz leise und unmerklich den Kopf geschüttelt zu der kühnen Weise der Erzählerin, die ihr nie so deutlich zum Bewußtsein gekommen war, als gerade bei dieser Wiedergabe der Ereignisse aus einer Zeit, welche die jugendliche Hörerin so innig anging. Zum ersten Male in ihrem bisher nur dem Gehorsam gegen eine nicht unzüchtige Mutter gewidmeten Leben hatte sie sich versucht gefühlt, ein eigenes Urtheil zu fällen, eine Frage zu stellen, die ihr auf den Lippen brannte — sie hatte sich bezwungen vor dem unbewegten Bild der leicht hin Blaudernden; sie hatte in all ihrer Unberührtheit doch schon das Gefühl, daß die Mutter hier Partei war und nur aufahren würde, wenn ein unsicheres Wort unreifen Eindringens fiele.

Seit sie Braut war, hatte sie das Träumen im Halbdunkel liebgewonnen. Da sprach sie, zwischen musikalischen Phantasien am Flügel, während der junge Professor, dem sie

sich verlobt, mit verchränkten Armen von der Mische des Fensters her ihr zuhörte, dem Geliebten von der für sie idealen Gestalt des ihr fremd gebliebenen Vaters, mit den glühenden Tönen ihres leisen Spiels Worte der Kindesliebe verwebend, wie sie der Professor in dem Verkehr der Tochter mit der Mutter nie gehört hatte.

Der 20. Jahren war es anders gewesen. Da standen ihre Eltern, gleich wie sie heute, am Vorabend ihrer Verheirathung und meinten, die Strecke Weges, die sie mit einander gehen würden, sich in den Himmel verlieren zu sehen. Sylvia's Vater war damals ein junger Literat, der eben seine ersten Erfolge in dem Beruf, den er in sich gefühlt, erlebte; Therese Bersief, die Tochter eines Kaufmanns, der auf der Schwelle zum Bankerott gestorben war. — Die Bekanntschaft war gleichsam dem bunten Wirwar des Berliner Weihnachtsmarktes entflohen, wie ein glückliches Gehehen, mit dem eine befreundete Familie, in die der Schriftsteller König bisweilen kam und bei dem Fräulein Bersief als Besuch weilte, den jungen Helden der Feder überrascht hatte.

Junge Leute schließen sich so schnell an einander, ohne Prüfung fast, allein in dem Wohlgefühl des gegenseitigen äußeren Gefallens. So war es auch den Beiden ergangen. Schon der zweite Monat des folgenden Jahres sah sie als Mann und Frau.

Das Glück aber hatte diese Verbindung entschieden gemißbilligt. Es that das Entgegengesetzte von dem, was seine Aufgabe gewesen wäre, das einmal Geschehene wieder gut zu machen und häuften noch äußeres Mißgeschick auf den Weg des Mannes, bis schließlich ein publizistischer Artikel, bei dem er sich nicht sorglich kontrollirt hatte, ihn ins Gefängniß brachte.

Das war vor 19 Jahren, 4 Monate vor der Geburt Sylvia König's, gewesen. Seitdem hatte sich die Mutter niemals um das Schicksal ihres Gatten gekümmert, für dessen geistiges Schaffen sie von je nur verächtliche Geringschätzung gehabt, wenn sie auch seine Klugheit

nach heute in den Erzählungen zur Tochter anerkannte; sie hatte ihm brieflich nie ein tröstendes Wort gesandt, ihm nicht einmal die Geburt des Kindes mitgetheilt, das doch auch kein Kind war, und ihm schließlich, als er sie, wieder ein freier Mann, mit Hilfe des Einwohnernormaleamtes in einer neuen Wohnung ermittelte hatte, mit abweisender Miene und kaltem Wort auf der Schwelle ihrer Behausung empfangen und sich zwischen Thür und Angel mit ihm ausgesprochen. Die Trennung hatte die Entfremdung leicht gemacht. Sie hatte die Noth eines um sein Brot schreibenden Schriftstellers nicht länger mit ihm theilen mögen. Es war Niemand da, der ihr dies verdacht hätte. Der Mann nur war außer sich und geberdete sich wie ein Verzweifelter, nahm wie ein Rasender den Kampf auf um eine Liebe, deren dies Herz nicht fähig war. Allmählich ward auch er ruhig. Es kumpft so sehr ab, immer mit denselben Waffen dieselbe Steinwand anzugreifen und um ein Recht zu kämpfen, das kein Recht mehr war, wenn die Mutter es ihm verweigert.

Das Gericht war seine letzte Zuflucht. Der unglückliche Vater wollte wenigstens sein natürliches Recht sich sichern und errang von jeder Woche einen Tag, an dem er sein Kind in der Häuslichkeit, aus der er vertrieben war, besuchen konnte. Anfangs hatte Sylvia das Gesetz als unklug getabelt, das in einem solchen Fall so offenkundig feindliches Gebiet betreten hieß, und ein gutes Recht dem Gegner auf Gnade und Ungnade überantworten genannt.

Wie sie jetzt in dem Rahmen des Fensters stand und auf das ferne Dämmern der Sterne in den beginnenden Abend blickte, die schöne Gestalt mit den frauenhaft weichen Umrissen, leise den zur Seite geneigten Kopf leicht auf die Hand gestützt, die auf dem blinkenden Kiesel ruhte, war sie das Werk der in sich ausgeglichenen Weise ihres Bräutigams, womit dieser ihrem selbstständigen Denken die richtigen Bahnen gewiesen, ihr ein freundlicheres Verständniß für die Vorgänge zwischen ihren Eltern vermittelt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

leit der bezüglichen Klasse. Das Zentrum selbst gab vor, in der gesetzlichen Organisation der Arbeiter in Berufsvereinen ein Mittel gegen das fernere Vordringen der Sozialdemokratie in weitere Arbeiterkreise zu erblicken. Bis jetzt hat man noch in jeder gesetzlichen Maßregel, welche sich um die Arbeiter dreht, ein Mittel erblickt, welches geeignet sei, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Noch stets hat man sich getäuscht. Wir nehmen auch nicht an, daß die Mannen im Zentrum im Ernst diesen Glauben hegen, neigen vielmehr der Ansicht zu, daß das Ganze ein taktisches Manöver ist, das gegenwärtig um so leichter auszuführen ist, da bei der großen Abneigung der staats-erhaltenden Parteien gegen die Weiterführung der sozialen Reform auf Annahme Aussicht nicht vorhanden ist. Es ist daher billiger für das Zentrum, in Arbeiterfreundlichkeit zu machen.

Anders die ehemaligen Kartellparteien, welche offen den Unternehmerstandpunkt herauskehren und von der den Arbeitern verheißenen Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem Gebiete nichts wissen wollen. Freiheit und gesetzliche Anerkennung der Organisation zur Wahrung der Interessen und Sicherstellung derselben vor dem Eingreifen der Polizei, das erstreben diese Parteien bekämpfen nur für das Unternehmertum. In Wirklichkeit wird in der Interpellation ja auch nur gefordert, was für die Unternehmer längst wohl-verbrietes Recht ist. Den Arbeitern dasselbe gewähren hiesse nur einen Akt der Gerechtigkeit vollziehen, hiesse die Bahnen wandeln, welche in dem Erlaß vom 4. Februar 1890 vorgezeichnet sind.

Die Parteien jagen Mein, was sagt die Regierung? Der preussische Handelsminister Herr von Berlepsch wollte für die Verzögerung auf dem bezeichneten Gebiet die Sozialdemokratie verantwortlich machen, obgleich der Reichs-kanzler Fürst Hohenlohe erklärte: „Die Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, das Programm, das die Erlasse des Königs von Preußen vom 4. Februar aufgestellt haben, zur Durchführung zu bringen.“ Aber weil, wie Herr von Berlepsch behauptet, jede noch so wohlgemeinte Maßnahme von der Sozialdemokratie vergiftet werde, zögere die Staatsregierung mit der sozialpolitischen Gesetzgebung, um nicht den Vergiftungsmaximen der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten. Nun wissen die Arbeiter, woran sie sind und werden mit kühnem Spiel und fliegenden Fahnen der bösen Sozialdemokratie Palet jagen, um ins Lager der regierungsfreundlichen Parteien überzugehen, damit das sozialreformistische Programm zur Ausführung gelangen kann. So äußert sich der sozialreformistische Schaffensdrang des neuesten Kurzes! Er fürchtet, daß seine Erzeugnisse vor dem Stuhle der Kritik nicht Stand halten und verzichtet auf Durchführung seines Programms! Diese Offenheit ist ein Grund mehr für uns, die Waffe der Kritik nicht ruhen zu lassen.

Soziale Rundschau.

Die sozialdemokratische Agrar-Kommission hat sich am 10. Februar in Berlin konstituiert. Mit Ausnahme des Genossen **Wapler**-Stuttgart, der bei der Stichwahl-agitation in Württemberg thätig ist, und **Schippel**, der sich zur Zeit im Gefängnis befindet, versammelten sich sämtliche, auf dem Frankfurter Parteitagewählten Mitglieder Nachmittags im Zimmer der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages. Zum Vorsitzenden ward **Liebkecht**, zum Schriftführer **Ged** ernannt. Die Debatte beschäftigte sich formell hauptsächlich mit der Frage, welche praktische Eintheilung für das Zusammenarbeiten der Kommission zu wählen ist. Es handelt sich vornehmlich um die beiden Auffassungen, ob das Studium der Agrarfrage nach der sachlichen Unterscheidung der landwirtschaftlichen Betriebsarten (Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb) vorzunehmen, oder ob die Gesamttheit der ländlichen Entwicklung nach geographisch abgegrenzten Distrikten zu untersuchen sei. Man einigte sich schließlich, unter gewissen Modifikationen die letztere Methode zu wählen.

Sodann erörterte man in einer sehr eingehenden sachlichen Diskussion alle die Gesichtspunkte, die in früheren Debatten behandelt und angeregt wurden, und man kam, nachdem in allen wesentlichen Punkten eine volle Verständigung erzielt worden war, zu folgendem, einstimmig gefaßten Beschluß:

Die Kommission beschließt:

- Der Agrarausschuß bestimmt aus seiner Mitte ein Mitglied — Sekretär —, welches die Aufgabe hat, während der Arbeit der einzelnen Unter-Ausschüsse (siehe b) mit diesen in beständiger Beziehung zu bleiben, zur Sammlung und Zuweisung des Materials beizutragen und auf eine gemeinsame praktische Richtung der einzelnen Auswahlarbeiten hinzuwirken.
- Der Agrarausschuß theilt sich in drei Unter-Ausschüsse dergestalt, daß der eine den Süden Deutschlands: Elsaß-Lothringen, Baden, beide Hessen (mit Hessen-Nassau), Württemberg, Bayern; der andere die Mitte Deutschlands: Rheinland, Westfalen, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Thüringen; der dritte den Norden Deutschlands: Pommern, Schleswig-Holstein und Mecklenburg, zu bearbeiten hat. Die drei Unter-Ausschüsse haben das Recht, alle zur Erfüllung ihrer Aufgabe nöthigen Schritte zu thun; sie haben jeder für sich das vorhandene Material innerhalb der ihnen zugewiesenen Bezirke in möglichst rascher Zeit zu bearbeiten und die Ergebnisse schriftlich niederzulegen.
- Der Gesamt-Agrarausschuß tritt im Laufe des Frühjahrs zu einer neuen Beratung zusammen, um Vorschläge entgegenzunehmen und zu diskutieren, die sich auf eine etwaige Ergänzung des Parteiprogramms mit Rücksicht auf die Agrarverhältnisse beziehen.

Die Unter-Ausschüsse, welche das Recht der Koordination (Zuziehung von Mitgliedern) haben, sind wie folgt zusammengefaßt:

Süden: David, Ged, Wapler, Bod, Vollmar;
Mitte: Bod, Kagenstein, Hug, Schulze (Coffenhau), Quard;
Norden: Liebkecht, Bebel, Mollenkuhr, Schippel, Schöenlanf.

Zum Sekretär des Agrarausschusses wurde Dr. Quard ernannt.

Nach Schluß der Beratungen traten die Unter-Ausschüsse für Süden und Mitte zusammen, um sich zu konstituieren und um die Referenten zu ernennen. Von ersterem wurde Dr. David, von letzterem Dr. Quard gewählt. Der Unter-Ausschuß für den Norden wird sich erst nach der Haftentlassung **Schippel's** konstituieren.

Der Verlauf der Verhandlungen, die am ersten Tage von 1/3 bis 8 Uhr, am zweiten von 10 bis 1 Uhr währten, wird, wie der „Vorwärts“ mittheilt, in den weitesten Kreisen der Parteigenossen hohe Befriedigung hervorrufen. Gerade diejenigen Punkte, die nach dem letzten Parteitage zu ernsthaften Differenzen zu führen schienen, sind, nachdem offene Aussprache gewiss: Mißverständnisse beseitigt hatte, ohne jegliche Schwierigkeit erledigt worden. Durch die gefaßten Beschlüsse ist nicht nur ein geistliches Zusammenwirken für das Studium der Landfrage sowohl, als für die Landagitation gesichert, sondern auch jeglicher Beschränkung, der Agrar-Ausschuß könne zu einer „Verwässerung“ des Programms benutzt werden, der Boden entzogen worden. Eine Abänderung des Programms war überhaupt niemals in Frage und ist es jetzt nicht — das, warum es sich handelt, ist bloß die Frage, ob dem Parteiprogramm, dessen Grundlagen Niemand antastet und wir von Niemandem antastet lassen, in seinem praktischen Theile durch Formulierung einiger speziell die Lage der Landbevölkerung betreffenden Forderungen zu „ergänzen“ — wie der Ausdruck in der Resolution des Frankfurter Parteitages lautet.

— **Wozu das Umsturzgesetz?** Diese Frage muß man sich unwillkürlich vorlegen, wenn man sich vorgegenwärtig, wie die Reaktion in Sachsen gegen die Organisationen der Arbeiter wüthet. Dieselbe hat folgende Leistungen im Jahre 1894 vollbracht. Nach einer zusammenfassenden Statistik über Verbote und Verurtheilungen etc. wurden im Jahre 1894 im Königreich Sachsen 3 Vereine verboten, 70 Vereine (14 politische, 20 gewerkschaftliche, 27 Gefangene und 9 Turnvereine) aufgelöst, 91 Versammlungen und 43 Festlichkeiten verboten, 28 Versammlungen aufgelöst, 18 Ausweisungen und 17 Haus-suchungen bei Sozialdemokraten vorgenommen, sowie endlich gegen Sozialdemokraten auf insgesamt 16 Jahre 5 Monate und 12 Tage Gefängniß, sowie 1 Jahr 17 Tage Haft und 22 697 Mk. Geldstrafe erkannt. „Trotzdem oder vielleicht gerade in Folge dieses scharfen Vorgehens macht die Sozialdemokratie nirgends solche Fortschritte wie in Sachsen, eine Thatsache, aus der sich auch die Gesetzgeber im Reich eine Lehre nehmen könnten,“ meint die „Germania“, und sie hat so unrecht nicht. — Das Jahr 1895, obwohl erst im Anfang begriffen, hat schon Thaten der sächsischen Behörden gesehen, nach denen die Schlußfolgerung berechtigt ist: daß man in Sachsen überhaupt mit den Organisationen aufzuräumen wolle. Die Leipziger Polizei löste in der ersten Woche des Februar die Zahlstelle des Verbandes der Holzarbeiter, die Zahlstelle des Verbandes der Glaser und die Zahlstelle des Verbandes der Metallarbeiter auf Grund des § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes auf. Selbst die Bibliothek-Kommission der Metallarbeiter, die aus drei Mitgliedern besteht, betrachtet die Polizei als einen Verein und will sie ebenfalls auflösen. Es entspricht das der Praxis, die von der Chemnitzer Polizei im letzten Jahre so lebhaft betrieben wurde. Auch der Leipziger Bildungsverein für Frauen und Mädchen fiel dem Auflösungsstrieh der Polizei zum Opfer. Versammlungen, die von den betroffenen Arbeitern einberufen wurden, verbot die Polizei einfach. Zu welchem Zwecke Arbeiterknebelungsgesetze geplant werden, ist den sächsischen Arbeitern unerfindlich; sie befinden sich in Bezug auf das Koalitionsrecht in einer Lage, die durch kein neues Gesetz verschlimmert werden kann. Aber trotzdem sind sie unverzagt und arbeiten muthig weiter für die Befreiung der arbeitenden Klasse. — Kaum hatte sich die Aufregung über das Vergehen der Leipziger Polizei etwas gelegt, da kommt folgende Nachricht aus Zwickau: Am 12. Februar erhielt der Vorstand des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter, e. G., die Mittheilung vom Amtsgericht, daß der Verband auf Grund des § 79 Abs. 1 des Vereinsgesetzes aufgelöst worden sei; die Auflösung erstreckt sich auch mit auf die gegen 17 000 Mitglieder zählende Bergarbeiterkassette. Der Verband hat jetzt ungefähr 9400 Mitglieder und 55 Zahlstellen in ganz Sachsen. Als Gründe, die zur Auflösung führten, wird hauptsächlich die Haltung des Verbandsorgans, „Glückauf“ mit angeführt. Wie fürsorglich unsere Behörden wachen über die Gesetzmäßigkeit — der Arbeiter! — Die Zwickauer Kreis-Hauptmannschaft hat den Refus des Webers Voigt in Grumnitzschau wegen der Auflösung des Gewerkschaftskartells verworfen. Nachdem einmal die betreffenden Vereine aufgelöst worden seien, hätten die Vertreter dieser Vereine natürlich auch kein Recht mehr, sich zu einem Kartell zusammenzuschließen, heißt es in der Begründung, eine Ausnahmestellung könnte den Arbeitern nicht gewährt werden. — Wir dächten, die Verkümmern unseres Koalitionsrechtes seitens der Behörden schafft für die Arbeiter eine Ausnahmestellung, deren wir gern entbehren.

— **Wer zerstört die Familie?** So alt, wie die Unfähigkeit unserer Gegner, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie fassen und verstehen zu können, ist auch der Vorwurf, dieselbe erachte es als ihre Aufgabe, die Familie zu zerstören. Daß es der Kapitalismus ist, welcher Mann, Frau und Kind auseinander reiht und in seinen Frohndienst zwingt, können und wollen die Gegner nicht einsehen, trotzdem die Beweise offenkundig zu Tage liegen, daß die Frauenarbeit in den letzten Jahrzehnten ganz gewaltig zugenommen hat. Der technische Fortschritt ermöglicht es den Unternehmern, immer mehr der kräftigen, robusten Arbeitskräfte zu entbehren und an deren Stellen Frauen zu setzen, zu billigen Löhnen und schmählicher Behandlung. Die von der kapitalistischen Entwicklung gezeitigte Verelendung des Proletariats und die

Verarmung des Mittelstandes reizt immer größere Masse von Frauen aus der Familie, macht ihnen das Schalten und Walten am häuslichen Herd zur Unmöglichkeit und zwingt sie zur selbstständigen Berufsarbeit auf industriellen Gebieten, während in zahlreichen Fällen der männliche Arbeiter unter dem Banne der Arbeitslosigkeit zu häuslichen Arbeiten sich bequemen muß. Nach den jüngsten Berichten der Fabrikinspektoren für das Jahr 1893 ist in Bayern die Zahl der in Fabriken und gleichgestellten Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen im Berichtsjahr von 80418 (1892) auf 82988 (1893) gestiegen, sie hat sich also um 2570 vermehrt. In der gleichen Zeit nahm die Zahl der Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren um 286 zu 18292 (1892) gegen 18578 (1893). Die Zahl der über 21 Jahren alten Fabrikarbeiterinnen wuchs um 2284, 32126 (1892) gegen 34410 (1893). Dieser „Umsturz der Familie“ ist mit den verbesserten Paragraphen nicht zu fassen.

— **Die Erziehung zur Enthaltbarkeit** einer Arbeiterinnen läßt sich der Nothproductenhandl. N. in Dresden, Freibergplatz, gütigst angelegen sein. Eine tüchtige Sortirerin erhält pro Woche 4 Mark. Die Frau muß mit diesem „Einkommen“ nicht bloß ihren Unterhalt bestreiten, sondern auch den eines Kindes. Ihr Küchensettel weist tagaus tagein folgende Schlemmergerichte auf: Kartoffeln, Brot, Wurstfett und Zichorienbrühe. In der kapitalistischen „Gesellschaft“ sorgt der „freie“ Arbeitsvertrag dafür, daß die Räume der von den enthaltbaren, darbenenden Unternehmern so oft verurtheilten Völlerei und „Unwirtschaftlichkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen“ nicht bis in den Himmel wachsen.

— **Das Sparen — auf Kosten fremder Arbeit** verstehen die Herren Schwymmeister aus dem ff. Ein Berliner Schwirer erhält z. B. vom Geschäft für das Anfertigen eines sogenannten „Bäckschimmantels“ 1,50—1,76 Mk. Seinen Arbeiterinnen zahlt er für ihr „Bischen Mitarbeit“ 80 Pf., für Zuschneiden, Bügeln und Liefern je 10 Pf. Summa Summarum hat der Mann an Arbeitslohn eine Ausgabe von 1,10 Mk., so daß ihm an jedem Mantel 46—66 Pf. Reingewinn bleiben. Der „Fier Meister“ erarbeitet sich so per Woche ein Durchschnittseinkommen von 180 Mk. — und dies ohne auch nur den Finger zu rühren. Seine Arbeiterinnen erfreuen sich eines wöchentlichen Durchschnittsverdienstes von 6—12 Mk., dafür dürfen sie aber auch täglich 15 Stunden und noch mehr schenken. Welch lichtvolle Illustration des Wortes „Segen ist der Mühe Preis“!

— **Die Vernichtung der Kleinen.** Der publizistische Vertrauensmann des Finanzministers Miquel, Herr Schweinburg, hat nach der „Süddeutsch. Tabackztg.“ gegenüber einem Berliner Zigarrenfabrikanten, mit dem er zufällig zusammentraf, sich über die Tabacksteuererhöhung wie folgt geäußert: „Ich begreife gar nicht, weshalb Sie und andere große Fabrikanten sich gegen die Tabackfabriksteuer sträuben; die Kleinen Leute in Ihrer Branche würden ja durch die Steuer zu Grunde gehen, aber die großen würden sich nur um so besser befinden.“ — Nicht nur die Tabacksteuer hat die Tendenz, die „Kleinen“ zu ruinieren, sondern unser ganzes heutiges Wirtschaftssystem führt zum Ruin und Verarmung der Mittelschichten, während die Großen an Reichthum und Macht gewinnen.

— **Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen in England.** In der englischen Industrie sind über zwei Millionen Arbeiterinnen beschäftigt. Davon sind gegenwärtig gegen 90 000 gewerkschaftlich organisiert. In den letzten Monaten hat die gewerkschaftliche Organisation der Frauen Fortschritte gemacht. Daß aber in dieser Beziehung noch unendlich viel zu thun ist, zeigen die obigen Zahlen.

— **Forderungen des englischen Frauen-gewerkschaftsbunds.** Unter den 249 Vertretern der englischen Trades-Unions, welche die Resolutionen des norwegischen Gewerkschaftskongresses der Regierung zu unterbreiten und von ihr eine entsprechende Gesetzgebung zu verlangen hatten, befand sich u. A. auch Miss Marland als Delegirte des Frauengewerkschaftsbunds. Sie forderte eine Vervollständigung der Fabrikgesetzgebung für die Textilindustrie und eine Ausdehnung derselben auf die Waschanstalten. Miss Marland bezeichnete es als die wichtigste Aufgabe der Fabrikgesetzgebung, die Frage der Ueberzeit zu regeln bezw. die Ueberzeit zu beseitigen. So lange dieselbe in einzelnen Fällen gesetzlich erlaubt sei, werde auch ungesetzliche Ueberzeit gearbeitet werden. Der Minister des Innern, Asquith, anerkannte die Unzulänglichkeit der für die Textilindustrie geltenden gesetzlichen Bestimmungen, desgleichen die Nothwendigkeit, Arbeiter und Arbeiterinnen der Waschanstalten dem Fabrikgesetz zu unterstellen und durch Inspektion vor schadhafter Maschinen, ungesunden Arbeitsräumen etc. zu sichern. Bekanntlich hatten sich seiner Zeit englische Frauenrechtlerinnen unter einem Aufwand von viel sittlicher Ent-rüstung gegen die Unterstellung der Waschanstalten unter das Fabrikgesetz erklärt. Das Vorgehen des Frauen-gewerkschaftsbunds zeigt, daß sich die englischen Arbeiterinnen mehr und mehr von dem Einfluß bürgerlicher Elemente frei machen und im Anschluß und gemeinsam mit der allgemeinen Arbeiterbewegung rathen und thäten.

— **Gewerkschaftliche Organisation der Frauen in Schottland.** Dem im März 1893 auf Veranlassung der „Frauenclubliga“ zu Glasgow gegründeten „Landes-verbands-Ausschuß für Schottland“ gehören gegenwärtig 14 der bedeutendsten Gewerkschaftsräthe (Vertreter von Gewerkschaftsverbänden) an, sowie 21 Trades-Unions und Vereine, in denen gemeinsam Arbeiter und Arbeiterinnen solcher Berufe organisiert sind, in welchen Männer wie Frauen beschäftigt werden. Der „Landesverbands-Ausschuß von Schottland“ repräsentirt die stättliche Anzahl von 93 526 Mitgliedern.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. In der letzten Mitglieder-Versammlung, welche bei J. Koch, Gr. Rainstraße tagte, referierte Genosse Saalfeld über das Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung“. Redner zeigte im Verlaufe seines Vortrages, daß trotz vieler Gegenbehauptungen die Gewerkschaftsbewegung schon großen Nutzen gestiftet, da die Arbeiter ohne Organisation noch viel schlechtere Löhne erhalten würden. Auch seien dieselben bei Lohnunterschieden weniger im Stande, kräftigen Widerstand zu leisten. Redner wies besonders auf England hin, wo sich die organisierte Arbeiterschaft schon theilweise die achtstündige Arbeitszeit erkungen und doch höhere Löhne bekommen wie in Deutschland. Zum Schluß ermahnt Redner alle Anwesenden, sich die größte Mühe zu geben, Bekannte und Freunde zur Gewerkschaftsbewegung heranzuziehen, dann werde auch der Tag nicht fern sein, wo der Arbeiter den gerechten Antheil von seiner Arbeitsleistung erhalten werde. — Nachdem verlas der zweite Bevollmächtigte die Abrechnungen vom 1. Quartal, vom Sozialfonds und von der Bibliothek. Dieselben wurden nicht beanstandet und dem 2. Bevollmächtigten Decharge ertheilt. — Dann erfolgte der Bericht vom Gewerkschaftsartikel durch Kollegen N. — Zum Punkt „Verschiedenes“ berichtete Kollege Stappert, wie weit die Verhandlungen mit den umliegenden Zahlstellen, betreffs gemeinschaftlicher Auszahlung der Reiseunterstützung und des Herbergswezens, gediehen und machte zugleich bekannt, daß zwecks Verantheilung dieser Angelegenheit eine kombinierte Versammlung in der „Leffinghale“, am Gänsemarkt, am 24. Februar stattfindet. Auf die Anfrage: „Halten wir ein Sommervergütigen ab?“ wird nach kurzer Debatte der Beschluß gefaßt, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Nun erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Barmbeck. Der Streik der Politurarbeiter auf der Goldbleichenfabrik, in Firma W. Rehrberg und Tempel, dauert fort. Genannte Firma und die Gebrüder Seibt stellen alles Mögliche auf, um zu zeigen, daß die streikenden Arbeiter unthätig sind. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Geschäftsleitung mit den Arbeitskräften, welche ihr zur Verfügung stehen, Malern und Möbelpolirern, alles Leute, welche einmal durch eine Goldbleichenfabrik gelaufen sind, für die Dauer nicht auskommen wird. Der Streik würde schon zu Gunsten der Arbeiter beendet sein, wenn die Kollegen den Muth besäßen hätten, sich mit uns solidarisch zu erklären. Hätten die Kollegen alle Mann für Mann gestanden, dann wären wir im Stande gewesen, mit den mißlichen Verhältnissen auf der Fabrik aufzuräumen und einer Verschlechterung derselben, welche unbedingt kommen wird, vorzubeugen. Den an den Tag gelegten Indifferentismus werden unsere Kollegen, dessen sind wir überzeugt, einst noch zu bereuen haben. Von den Streikenden sind bislang 2 abgereist. Einer hat anderweitig Arbeit gefunden, so daß noch 2 Verheirathete mit insgesammt 8 Kindern und 6 Bediende zu unterstützen sind.

Bückeburg. In unserer fürstlichen Residenz legten vor wenigen Tagen über 200 Arbeiter, die mit Aufräumungsarbeiten an der Schloßgracht beschäftigt sind, die Arbeit nieder, weil sie durch einen Anschlag des Unternehmers sich benachtheiligt glaubten, auch über verzögerte Lohnauszahlung und nicht gerechtfertigte Abzüge von Krankentassenbeiträgen klagten. Durch die Vermittelung des Herrn Landraths von Hinüber wurde noch an demselben Tage der Streik wieder beigelegt, und zwar zu Gunsten der Arbeiter, von denen die älteren nicht unter 1,80 Mk. pro Tag arbeiten wollten. Nach der Ansicht des Herrn Landraths sind es natürlich „auswärtige Agitatoren“ gewesen, die den Geist der Rebellion unter die Schaumburg-Lippeschen Landeskinder geblasen hatten, denn er warnte die Arbeiter, sich von denselben aufheken zu lassen, sondern, sobald sie sich schwerdegründ zu haben meinten, sich an ihn oder eine andere geeignete Persönlichkeit zu wenden. Ihr Recht werde ihnen stets werden. Wer's glaubt!

Anderen Tages veröffentlichte die „Schaumburg-Lippesche Landeszeitung“ ein Schreiben des Herrn Hofmaurermeisters Möller, in welchem Schreiben es unter Anderem heißt:

„Es legten von 302 Mann, die bei der Reinigung des Schloßgrabens beschäftigt waren, 222 Mann die Arbeit am Montag, den 18. d. M., Mittags, nieder, aber nicht wegen rückständiger Lohnforderung oder Krankentassenbeiträge, sondern lediglich veranlaßt durch Agitatoren und Heher. Es ist richtig, daß 22 Mann noch Lohnforderungen hatten, dieselben gehörten einem 2. Unternehmer an, sind vom Hofmaurermeister Möller erst vor einigen Tagen mit übernommen, und um dieselben auszulohnen zu können, mußte die nöthige Lohnliste erst berechnet werden, rückständige Forderungen existiren meinerseits nicht.“

Und nachdem er dann den mißglückten Versuch gemacht, zu beweisen, daß die Arbeiter von einem angeblich aus Bielefeld gekommenen Manne „aufgehört“ worden waren, theilt er mit, daß

unter den ganzen Mannschaften 5 Mann a 1,20 Mk., 9 Mann a 1,30 Mk., 3 Mann a 1,50 Mk. und 5 Mann a 1,60 Mk. sind. Das sind junge Leute von 15—19 Jahren, die anderen 280 Mann werden mit 1,80 Mk. gelohnt, wie vorher abgemacht und vereinbart worden ist. Jedenfalls ein angenehmer Verdienst für diese Jahreszeit.“

Eine Wart achtzig Pfennige — ein angenehmer Verdienst? Wir glauben, der Herr Hofmaurermeister Möller hätte besser, den Erreger der Unzufriedenheit in unserer Stadt zu suchen; er würde ihn sehr leicht auffindig machen. Um ihm aber das Auffinden leichter zu machen, wollen wir es ihm verrathen: es ist der farge Lohn und in Verbindung damit der Hunger!

Samburg. Am Sonntag, den 24. Februar, Nachmittags 2 Uhr, tagte eine Versammlung, an der sich Mitglieder der Zahlstellen Barmbeck, Billwärder, Altona, Schiffbet, Wilhelmshurg, Hamm, Langenfelde, Stellingen, Rothenburgsort und Samburg theilnahmen. Das Bureau bildeten die Kollegen Stappert aus Altona und Kollege Möller aus Samburg. Zum 1. Punkt: „Unser Herbergswezen und wie richten wir dasselbe in der Zukunft ein“,

sprach Kollege Liebcher, welcher u. A. Folgendes ausführte: Durch das heutige System, daß alle Zahlstellen im Umkreis von 10 Kilometern eine Herberge hätten und Sozialgeschenke geben, würden wir sehr häufig von einzelnen Mitgliedern ausgebeutet. Dieser Zustand könne so nicht weiter gehen, und der heutige Antrag der Zahlstelle Altona gehe dahin, eine Zentralherberge zu gründen. Durch Gründung einer solchen würden die reisenden Mitglieder durchaus nicht geschädigt, sondern sie hätten nur Vortheil dadurch, daß sie sich in Hamburg 3 Tage aufhalten und sich nach Arbeit umsehen könnten. Redner stellte folgenden Antrag: „Die heute, den 24. Februar 1895, tagende gemeinsame Mitgliederversammlung erklärt es für nothwendig, daß die 10 Kilometer um Hamburg liegenden Zahlstellen eine Zentralherberge gründen, und ersucht den Hauptvorstand, dementsprechend Anordnungen zu treffen.“

In der Diskussion erklärt Kollege Hoffmann, daß heute keine bindende Beschlüsse gefaßt werden könnten; er ist gegen die Gründung der Zentralherberge und stellt folgenden Antrag: „Jede Zahlstelle hat das Recht, Reiseunterstützung bis Hamburg zu zahlen. Nachdem die einmalige Auszahlung in einer Zahlstelle erfolgt, haben die Empfänger erst nach Verlauf von 6 Monaten wiederum das Recht, Reiseunterstützung in derselben Zahlstelle zu erheben.“ Die Debatte drehte sich um die beiden Anträge und endete mit der Annahme des Antrages Liebcher. Ferner beschließt die Versammlung, eine Herberge in Hamburg zu errichten, und zwar bei Bick in der Rosenstraße. — Zur Regelung der Unterstützungsfrage waren folgende Anträge eingelaufen. Kollege Liebcher beantragt: „Den zugereisten Kollegen sind drei Tage lang pro Tag 60 Pfg. zu gewähren und bei der Abreise 50 Pfg. in baar zu zahlen.“ Kollege Behrmann beantragt, nur zwei Tage 60 Pfg. zu gewähren und 50 Pfg. bei der Abreise. Der Antrag Liebcher gelangte mit großer Majorität zur Annahme. Angenommen wird folgender Antrag: „Für die reisenden Kollegen, welche in Hamburg Reiseunterstützung erhalten, besteht eine Karenzzeit für das Sozialgeschenk nicht.“ — Abgelehnt dagegen wird ein Antrag der Kollegen Müller und Boffe: „Allen am Weihnachtsabend zureisenden Kollegen eine Markt Sozialgeschenk zu gewähren.“ Laut Beschluß wird die Ueberwachungskommission der Herberge aus 3 Hamburger und je einem Kollegen der übrigen Zahlstellen gebildet. Die Zentralherberge tritt in Kraft, so bald der Vorstand seine Genehmigung dazu ertheilt hat, und voraussichtlich am ersten April. Um sechs Uhr Abends erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung. (Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit in nächster Nummer zurückzukommen. Für heute nur so viel, daß wir in dem ganzen Unternehmen einen Vortheil in irgend welcher Form nicht erblicken können, welcher im Stande wäre, den Nachtheil aufzuwiegen, der in der Durchbrechung unserer statutarischen Bestimmungen und den Vorschriften des Reglements liegt. Diese Durchbrechung von gegebenen Vorschriften geschieht nicht sowohl durch die Zentralherberge selbst als durch die beschlossene anderweitige Regelung der Reiseunterstützung. In diesem Bestreben auch noch Unterstützung bei dem Vorstände zu finden, kann Niemand erwarten. D. N.)

In der am 8. Februar in der „Leffinghale“ tagenden Mitgliederversammlung führte Kollege Liebcher über das Thema: „Die Arbeiterkolonien, ein Symptom des wirtschaftlichen Niederganges“, Folgendes aus: Durch die Ueberproduktion sei eine große Zahl von Arbeitern zur Arbeits- und Verdienstlosigkeit verdammt. Aller Existenzmittel bar, müßten sie die Landstraße bevölkern und den lärglichen Unterhalt erbetteln. Das Betteln — in manchen Gegenden sogar das Geben — sei jedoch verboten und würde mit Strafe geahndet. Die Noth, welche dem Arbeitlosen auf der Landstraße stete Begleiterin ist, führe denselben dann in die Arbeiterkolonie und das Arbeitshaus, nicht selten auch in das Gefängniß, und die Betroffenen seien der Arbeiterbewegung dann verloren. Unsere Pflicht ist es daher, unsere Arbeitskollegen aufzuklären und zu organisiren. — Kollege Behrmann legte die Abrechnung vor, welche in einer Einnahme von 253,35 Mk. und in einer Ausgabe von 111,91 Mk. bestand. An die Verbandskasse sind 130,84 Mk. gelangt. Die Abrechnung über den Sozialfonds ergab eine Einnahme von 56,20 Mk. Die Ausgabe ist in gleicher Höhe. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des vorigen Quartals 580, am Schlusse des jetzigen 385 Mitglieder. Den Rückgang der Mitgliederzahl führt Kollege Liebcher zum Wesentlichen auf Verschulden der Hiffskassirer zurück, welche in mangelhafter Weise ihre Geschäfte erledigten und somit den Mitgliedern Veranlassung gaben, aus dem Verbande auszutreten. Dem Kassirer wurde Entlastung ertheilt. — Zu der Gründung einer Zentralherberge sprach Kollege Greis und schlug vor, eine Kommission von 5 Personen zu wählen. — Alsdann wurde ein Festkomitee gewählt, welches die Vorarbeiten zu einem Sommervergütigen zu erledigen hat. Nachdem eine Anfrage des Kollegen Cordes, bezüglich der von dem Kartell herausgegebenen Fragebogen, ihre Beantwortung gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Seidelberg. Am 17. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte das Vorschlagen eines 1. Bevollmächtigten und einen Vortrag des Kollegen Müller über „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“. Als Bevollmächtigter kam Kollege S. Scheitler in Vorschlag. Der Vortrag fand allgemeinen Anklang. Es ist tief zu bedauern, daß bei der geringen Mitgliederzahl, welche die Zahlstelle aufweist, kaum zwei Drittel der Mitglieder anwesend waren. Unter „Verschiedenes“ kam der Brand des Zementwerkes und dessen Wirkungen auf die Arbeiter zur Sprache. Einige derselben sind gezwungen, abzureisen; diejenigen, welche am Orte bleiben, beantragen Stundung ihrer Beiträge, bis sie anderweitig Beschäftigung gefunden. In Rücksicht auf die bedauerenswerthe Lage der Betroffenen gab die Versammlung dem Antrage statt.

— Zum Brande des Heidelberger Zementwerkes wird uns Folgendes geschrieben: Zur Ergänzung der Noth, welche der „Proletarier“ in seiner letzten Nummer brachte, sei erwähnt, daß die Besitzer des Zementwerkes die durch den Brand arbeitslos gewordenen Arbeiter nicht vollständig schutz- und schirmlos dem Elend überließen, sondern es vorzogen, ein Legat von 25 000 Mk. für dieselben auszugeben. Da die Besitzer des Werkes gesetzlich ja zu gar nichts verpflichtet sind und dennoch ein solches Entgegenkommen den Unglücklichen gegenüber gezeigt haben, ist es auch erklärlich, wenn in den Kreisen der Besitzenden das Vieb von der Arbeiterfeindschaft des Unternehmertums sehr kräftig erschallt. Leider giebt es ja auch noch Arbeiter, die in diese Lobhymne mit einstimmen, natürlich nur solche, deren Oberstübchen noch unnebelt, und die sich daher von den Fabrikanten täuschen lassen, die ihnen vorpiegeln, daß die täglich weiter und tiefer werdende Kluft zwischen Arbeit und Kapital einfach nicht bestehe, resp. etwaige entscheidende Misse zwischen den beiden genannten Faktoren durch Harmonie und Eintracht spielend leicht ausgeglichen werden könnten. Nun, auch diese Bedauernenswerthen werden aus ihrem hypnotischen Schlummer erwachen, so wie es einem großen Theil des hiesigen Proletariats gelang, und zwar hauptsächlich durch den immer intensiver werdenden Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse; diese Letzteren, und das ist der größte Theil der hiesigen werkschaftlichen Bevölkerung, h. natürlich eine ganz andere Meinung über die humane Seite der Herrn Werkbesitzer. Sie sagen, es muß angenommen werden, daß nicht 900 Arbeiter durch den Brand brotlos wurden, sondern auch deren Familien, und das sind nahezu 3000 Menschen. Da nun das 25 000 Mk. betragende Legat eine derartige Verteilung findet, daß der verheirathete Arbeiter für den ausfallenden Arbeitstag 1,50 Mk. und der ledige Proletarier 75 Pf. erhält, so muß, wenn die örtliche ungeheure Theuerung jeglicher Konsumartikel in Betracht gezogen, logischer Weise angenommen werden, daß dieser Pfennigbetrag zum Sterben etwas zu hoch, zum Leben aber absolut nicht ausreicht. Der Grund, des von den Besitzern anscheinend aus Nächstenliebe gebrachten Opfers ist daher nicht in einem Ueberquellen wahrer Humanität zu suchen, sondern es war augenscheinlich den Herren nur darum zu thun, sich durch diesen Akt der Wohlthätigkeit das Mäntelchen der Arbeiterfreundlichkeit umzuhängen, worunter sich aber lediglich die Furcht vor der öffentlichen Meinung barg; denn, wäre das Leitmotiv ihres Handelns aus dem reinen Quell der Humanität entsprungen, niemals könnte sodann die Verteilung des Legates so knauerig durchgeführt worden sein. Wenn man ferner noch die vielen Millionen Mark in Betracht zieht, die im Laufe der Jahre das Unternehmen als Reingewinn einwarf, und die Herren Aktionäre dieselben müheelos einfaßten, einen Gewinn von Millionen, der einzig allein den Mehrwerth der geleisteten Arbeit repräsentirt — dann schrumpft dieses ausgelegte Legat zu einer verschwindenden Bagatelle zusammen, zu einem Almosen, das man aber schwerlich gegeben hätte, wenn die Umsturzvorlage gegenwärtig schon Gesetz wäre, dessen Annahme die Herren Großindustriellen so warm befürworteten. Dann könnten die arbeiterfreundlichen Herren ihres Amtes nach Belieben schalten und walten, denn sie wären jeder Rücksicht auf die öffentliche Meinung enthoben, aus dem einfachen Grunde, weil es dann keine öffentliche Meinung mehr giebt. Dies ist das Urtheil der Mehrzahl der Arbeiter von Heidelberg und Umgebung über den „humanitären“ Akt der Besitzer des Zementwerkes.

Kellinghusen. In der am 19. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde, da uns von der Polizeibehörde nicht gestattet werden soll, unser Stützungsfest zu feiern, Kollege Möller aufgefordert, dieserhalb weitere Schritte zu thun. — In der Versammlung waren einige reisende Kollegen anwesend, für welche eine freiwillige Sammlung veranstaltet wurde. Die Versammlung beschloß ferner, für den letzten Wintermonat an die auf der Reise befindlichen Kollegen, welche keine Unterstützung erhalten, als Sozialgeschenk freies Nachtlogis und Morgenkaffee zu verabreichen. Auf Antrag des Kollegen Siegner wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, deren Aufgabe darin besteht, für unsere beiden gemafregelten Kollegen eine bessere Unterstützung zu beschaffen. Die Versammlung bedauerte allgemein, daß die beiden gemafregelten Kollegen, die seit 10 Wochen arbeitslos sind, seit dem 30. Januar ohne jegliche Unterstützung blieben. (Das ist lediglich durch Folgendes verschuldet: Der Vorstand kann nicht wissen, in welcher Zeit gemafregelte Kollegen wieder Beschäftigung gefunden und in Folge dessen die Unterstützung aufzuhören hat; er verläßt sich daher auf die einzusetzenden Situationsberichte der örtlichen Bevollmächtigten. Laufen dieselben mangelhaft ein, so kann die Unterstützung von hier auch nicht prompter abgefaßt werden. D. N.) Um 10^{1/2} Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

Lüneburg. Am 19. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Bevollmächtigte des Verbandes der Bauarbeiter war bei uns vorstellig geworden mit der Forderung: Mitglieder, welche aus genannten Verbande austreten, nicht in unseren Verband aufzunehmen, wenn dieselben ihren Verpflichtungen dem Verbande der Bauarbeiter gegenüber bis zum Tage der Austrittserklärung nicht voll und ganz nachgekommen sind. In d. Debatte hierüber erklärte die Versammlung, daß sie müde sei, sich von den Bauarbeitern bevormunden zu lassen, und wurde folgender Antrag des Kollegen Witthöft: „Wir nehmen Mitglieder, welche aus anderen Verbänden austreten, jederzeit in unseren Verband auf“, einstimmig angenommen. — Zu dem Vergütigen, welches am 10. März stattfindet, wurden die Kollegen Händemeyer, Witthöft, Frau M. Günther und Dahlenburg gewählt. — Für den Kolporteur soll eine Zeitungsmappe aus Sozialgeldern angeschafft werden. — Nachdem noch einige Angelegenheiten geregelt, wurde die schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Mühlheim a. M. Am 1. Februar fand die konstituierende Versammlung für unsere Zahlstelle statt. Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen Georg Henkel, M. Merzel und Gottfried Kraus, als Revisoren die Kollegen M. Müller, Peter Lips und H. Diege genannt Keller in Vorschlag. Mit dem bislang Erreichten können wir zufrieden sein, denn wir sind die stärkste gewerkschaftliche Organisation am Orte, und werden nicht eher rasten, bis wir diejenigen, welche sich noch in den Träumen der Gleichgültigkeit wiegen, aufgerüttelt, zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gebracht und zu Mitsprechern für die Erringung einer menschenwürdigen Existenz herangebildet haben.

Schiffel. In der am Sonnabend, den 9. Februar, im Lokale des Herrn Kraymann zu Kirch-Steinbel tagenden Versammlung referierte Herr Martiffe aus Hamburg über: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse.“ Der lehrreiche Vortrag wurde von Seiten der Anwesenden mit Beifall entgegengenommen. — Alsdann berichtete Kollege H. B. über die Angelegenheit mit Schmalbrod und G. J. In der Angelegenheit konnte, da G. abgereist, keine Klarheit geschaffen werden. Wir erziehen jene Mitglieder, welche einen Wechsel ihrer Wohnung vornehmen, die Kaffassierer davon in Kenntniss zu setzen, da ihnen sonst der „Proletarier“ nicht zustellt werden kann.

Stellingen-Langensfeld. Am Sonntag, den 3. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zu Punkt 2 hielt Genosse Martiffe-Hamburg einen mit Interesse verfolgten Vortrag über: „Charles Fourier und seine Utopien.“ — Zu Punkt 2 erstattete Kollege Göttsche Bericht vom Gewerkschaftskartell. In der Diskussion machte Kollege Deppe geltend, daß man die Streikbrecher fernerhin nicht so kurzer Hand von den Gewerkschaften ausschließen solle, man habe zu prüfen, welche Ursachen eine derartige Handlung zeitigt hätten und demgemäß Maßnahmen zu treffen. — Zu Punkt 3 berichtete Kollege Ehlers über die Verhandlungen der Herbergs-Kommission. Am 24. Februar solle nochmals eine kombinierte Versammlung stattfinden, es wurden zum Besuche dieser Versammlung folgende 5 Kollegen bestimmt: Göttsche, Köhl, Ehlers, Schnoor und Matt. — Punkt 4: „Unterstützung der Arbeitslosen“, wurde der Unterstützungskommission zur Regelung überwiesen. — Zu Punkt 5 wurde die Entlassung eines Mitarbeiters, Namens Wolter, zur Sprache gebracht. Nachdem Wolter den Sachverhalt klar gelegt, wurde die Entlassung von der Versammlung einstimmig als Maßregelung anerkannt. — Da unser früherer 3. Bevollmächtigter von hier verzogen, wurde an dessen Stelle der Kollege H. Grelt einstimmig in Vorschlag gebracht. Hierauf erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung. — In der am Sonntag, den 3. März, stattfindenden Versammlung wird ein Vortrag über: „Griechische Mythologie“ gehalten. Es werden die Mitglieder ermahnt, auch recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Wandsbeck. Die Mitgliederversammlung, welche am 13. Februar in der Zentralherberge tagte, hatte sich zunächst mit der Angelegenheit der Kollegen Godemann contra Behn und Frau Köhler zu beschäftigen und veranlaßte erstgenannte Kollegen, eine in einer früheren Versammlung gegebene Äußerung richtig zu stellen. — Unter Punkt 2 der Tagesordnung erstatteten die Kollegen Gebder und Siemens Bericht über die Verhandlungen des Kartells, außerdem ward die Urabstimmung über die Erniedrigung der Kartellbeiträge vorgenommen, die folgendes Resultat ergab: Von den anwesenden Mitgliedern stimmten 76 für 3 Pfg. und 27 für 5 Pfennig Beitrag, vier Stimmen waren unglücklich. — Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete eine Beschwerde des Kollegen Moß gegen das Versammlungsprotokoll vom 14. November. Auf Antrag des Kollegen Siemens erledigte die Versammlung genannte Angelegenheit durch Uebergang zur Tagesordnung und nahm einen Antrag der Bevollmächtigten, welcher die Abhaltung eines Unterhaltungsabends in Himmelsfelde bezweckt, an. Mit Leitung und Regelung der Vorarbeiten wird ein Komitee, bestehend aus 7 Kollegen, betraut. — Unter „Verschiedenem“ rügt Kollege Zimmermann das Verhalten der zwei Bevollmächtigten und dreier Revisoren, welche im „Proletarier“ das bekannte „Offene Schreiben“ veröffentlicht, während Kollege H. Martens dasselbe vertheidigt. Die Debatte endet mit der Annahme eines Antrages, dem zufolge neun Kollegen mit der Durchsicht der in dieser Angelegenheit eingelaufenen Briefe beauftragt werden und über das Ergebnis Bericht zu erstatten haben. — Ein von den ersten Bevollmächtigten, Kollegen Behn, vor Eintritt in die Tagesordnung gestellter Antrag, das Vorschlagen eines ersten Bevollmächtigten vorzunehmen, würde nach Für- und Gegenrede abgelehnt.

Bekanntmachung.

Wie Stunde haben noch circa 20 Zahlstellen die Abrechnung nicht eingehandt, so daß wir die Abrechnung immer noch hinauschieben mußten. Wir erinnern die säumigen Zahlstellen nochmals an ihre Pflicht, mit dem Erreichen, sofort die Abrechnungen vorzunehmen und einzuhenden, widrigenfalls wir die Zusendung des „Proletarier“ an die säumigen einstellen müssen.

Mit kollegialischem Gruß

Für den Vorstand: A. Brey.

Zur Beachtung!

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch 0270, lautend auf den Namen Ernst Schröder aus Friedeberg, geboren am 14. Juni 1849. Dasselbe wird hierdurch für ungültig erklärt und ist in Verzeigungsfälle anzuhalten und nach hier einzuhenden.

A. Brey.

Abrechnung

der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für die Zeit vom 1. März 1892 bis 31. Dezember 1894.

Einnahme.

	Mt.	Pf.
An Kassenvortrag am 1. März 1892	8739	38
Quartalsbeiträgen	4741	54
Von Vereinen und Privaten	1086	96
An Proföhren:		
a) Zur Organisationsfrage	712	78
b) Protokolle des Halberstädter Kongresses	1021	16
c) Anleitung zum Vereins- und Versammlungsrecht	1462	57
Maifonds-Reste	258	50
Zur Deckung des Defizits	8022	15
Abonnement auf das „Korrespondenzblatt“	155	17
Zinsen des Giro-Kontos	222	05
Diverse Einnahmen (zurückgezahlte Darlehen etc.)	3790	—
Mt.	72882	26

Ausgabe.

	Mt.	Pf.
Agitation	15801	72
Anwaltskosten	25	25
Druckkosten	11666	65
Porto und Postgebühren	3058	01
Gehalt des Vorsitzenden	5230	—
Vertretung des Vorsitzenden	492	—
Entschädigung und Auslagen für den Kassier		
Dammann	313	35
Unkosten des Halberstädter Kongresses	771	05
Delegation auf Generalversammlungen und Kongressen	1875	70
Sitzungen der Kommission	553	85
Zurückgezahlte Beiträge	5	10
Darlehen	11730	—
Verwaltungskosten (Miethe, Feuerung etc.)	1232	71
Bücher und Schreibmaterial	210	75
Diverse Ausgaben (Uebersetzungen, Expedition von Flugblättern und „Korrespondenzblatt“ etc.)	1459	65
Kassenvortrag für 1895	18156	41
Mt.	72882	26

Bilanz.

Kassenbestand am 1. März 1892	8739,38 Mt.
Einnahme	61142,88 „
Ausgabe	72882,26 „
Kassenbestand am 31. Dezember 1894	54425,85 „
Stand des Darlehens am 1. März 1892	31950,—
Zurückgezahlt	11730,—
Stand des Darlehens am 31. Dezember 1894	20220,— Mt.

A. Demuth, Kassierer.

Residiert, mit den Büchern und der Kasse übereinstimmend

Hamburg, den 7. Januar 1895.

A. von Elm. G. Sabath.

Versammlungs-Kalender.

Altona-Dittusen. Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, den 3. März, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Meier, Ecke Wilhelm- und Hospitalstraße zu Altona statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Unser Verkehrslokal und Herberge befindet sich bei H. Meier, Altona, Ecke Wilhelm- und Hospitalstraße.

Wandsbeck. Die Versammlungen tagen jeden zweiten Dienstag eines jeden Monats, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Mulye, Ecke Diederichs- und Deseffstraße.

Bergedorf. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 9. März, Abends 8 Uhr, in „St. Petersburg“. — Tagesordnung: 1. Vortrag: Das Koalitionsrecht der Arbeiter. 2. Abrechnung. 3. Unterstützungsfrage. 4. Verbandsangelegenheiten.

Den reisenden Mitgliedern zur Kenntniss, daß sich unsere Herberge und Verkehrslokal bei J. Vogt, Döppertwiete 8, befindet.

Die Reiseunterstützung zahlt von jetzt ab Kollege G. Föhler, Hude 20, aus, und zwar während der Zeit von 12—1 Uhr Mittags und 6—8 Uhr Abends.

Bodenheim bei Frankfurt a. M. Die Versammlungen finden alle 14 Tage, Montags Abends 8 1/2 Uhr, „Zur Walballe“, Kirchstraße 5, statt. Die nächste am 11. März.

Braunshweig. Reiseunterstützung wird ausgezahlt im Lokale des Herrn Laas, Alte Knochenhauerstraße 11. — Die Herberge befindet sich im Bayerischen Hof.

Burg bei Magdeburg. Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet am 4. März statt.

Celle. Den ersten Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Neustraße Nr. 2: Mitglieder-Versammlung. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Unser Verkehrslokal und Herberge befindet sich im Gasthof „Zum goldenen Löwen“, Neustraße Nr. 2. Reiseauskunft wird ausgezahlt bei E. Köppen, Neustraße Nr. 30.

Danzig. Reiseunterstützung wird beim 1. Bevollmächtigten, J. Schwarz, Nüchternstraße, Abends 8 Uhr, ausgezahlt.

Elmhorn. Unser Verkehrslokal und Herberge befinden sich bei Herrn Großmann auf dem Flammweg. Allda finden unsere Versammlungen statt und zwar jeden ersten 1. Sonntag im Monat.

Den Kollegen zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung von jetzt an im Vereinslokal bei Großmann, Flammweg, zu jeder Tageszeit ausgezahlt wird.

Fechenheim. Unser Vereinslokal befindet sich im Gasthaus „Zur Krone“. Kollegen können dort übernachten. Reiseunterstützung wird beim Kollegen Andreas Dierm, Langestr. 58, ausgezahlt. Mitglieder-Versammlungen finden jeden Sonntag 9 Uhr im oben bezeichneten Lokale statt.

Frankfurt a. M. Reiseunterstützung wird ausgezahlt täglich im Vereinslokal, „Zum grünen Wald“, bei Herrn Wittig, von 1—2 Uhr.

Gadebusch i. M. Unsere Versammlungen finden in der Herberge bei Witwe Eggers, Mühlentstraße, statt.

Die Reiseunterstützung zahlt H. Ott, Wismarstraße-Chaussee 13b, aus.

Ginsheim a. Rh. Reiseunterstützung wird bei Peter Rauch IV, Schiffstr. 216, ausgezahlt.

Goldberg i. Schl. Unser Vereins- und Verkehrslokal befindet sich im Gasthof „Zum Deutschen Kaiser“. Ebendasselbst werden die Kassenbeiträge jeden Sonntag, Nachmittags von 3—5 Uhr, angenommen.

Gagen i. M. Die Zentral-Herberge und der Arbeitsnachweis für sämmtliche Gewerkschaften befindet sich bei Herrn Gastwirth Wilhelm Lendam, Wehrstraße 1.

Die Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage Sonntags, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Alfred Koppe, Am Markt, statt. Die nächste am 3. März.

Hamburg. Freitag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, findet unsere Mitglieder-Versammlung in der Festungshallen, Gänse-

markt 35, statt. — Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Besprechung über die Gründung eines Gewerkschaftsbureaus. 3. Bericht des Festkomites über das abgelaufene Sommervergangen. 4. Innere Angelegenheiten. 5. Anträge zur nächsten Versammlung.

Unsere Herberge befindet sich Groß-Neumarkt 38 bei H. Meier. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.

Hamm-Gilbed. Am Mittwoch, den 6. März, findet unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Sieberling, „St. Petersburg“, Abends 8 1/2 Uhr, statt. — Tagesordnung: 1. „Robert Blum und seine Zeit“. Referent: Frau Köhler. 2. Innere Angelegenheiten.

Harburg. Mitglieder-Versammlung am 12. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lamprecht, am Karnapp. — Tagesordnung: 1. „Die Nacht des Gelbes“. Referent: Genosse H. Waerer. 2. Unsere Agitation. 3. Verschiedenes.

Der Bücherwechsel in der Bibliothek findet am 1. und 15. eines jeden Monats von 8 1/2—9 1/2 Uhr Abends statt.

Reiseunterstützung wird bei H. Giesdorf, Tabak- und Zigarrenhandlung, Sand 20, Ecke der Neuenstraße ausgezahlt.

Verkehrslokal: Stadt Göttingen, Karnapp 13.

Hasse i. M. Die Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage Sonntags, die nächste am 3. März statt.

Heidelber. Die Reiseunterstützung wird Mittags von 1—2 Uhr, Abends von 6—8 Uhr in der Zentralherberge, „Zum rothen Löwen“, Haspelgasse, ausgezahlt.

Das Verkehrslokal ist Bauernstraße 9, Restaurant Schmied. Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat statt.

Helmstedt. Von jetzt ab finden unsere Versammlungen jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Seife statt. Die Tagesordnung der nächsten Versammlung lautet: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichterstaltung vom Kartell. 4. Die Agitation am Ort. 5. Verschiedenes.

Die Reiseunterstützung zahlt Kollege G. Zinke, Gröpern 55, Abends von 7—8 Uhr, aus.

Hemelingen. Unser Verkehrslokal befindet sich bei der Witwe Dreyer in Hemelingen, Dieblichstraße.

Herdecke. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Mich. Blümer, „Welfenfelder Hof“, statt.

Neu-Zschuburg. Versammlungen finden jeden letzten Montag im Monat statt.

Jöhoe. Die Versammlungen finden jeden letzten Sonntag, abends 8 Uhr, in der Zentralherberge, Sandberg 64, bei Herrn M. Söh, statt.

Kassel. Unsere Versammlungen finden alle 14 Tage, Mittwochs, Abends 8 1/2 Uhr, statt. Die nächste am 13. März.

Kellinghusen. Unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden den dritten Dienstag eines jeden Monats, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, bei H. Wrage, Volkshalle, statt.

Die nächste Versammlung am Dienstag, den 9. März. Die Reiseunterstützung wird beim Kollegen A. Schmidt, Schulstraße, Abends von 6 1/2—7 1/2 Uhr, ausgezahlt.

Krefeld. Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat und jeden Sonnabend nach dem 15. statt.

Krosheim bei Mainz. Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Karl Wunderlich, Burgstraße 12, aus.

Lägerdorf. Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet am Dienstag, den 5. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schlieff, statt. — Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Diskussion über den Verein der selbstständigen Gewerbetreibenden. 3. Verschiedenes.

Reiseunterstützung wird ausgezahlt beim Bevollmächtigten H. Otto, Steinamp Nr. 3.

Ludwigshafen. Das Verkehrslokal befindet sich bei J. W. Schreiner, Hartmannstraße 61.

Lüneburg. Reiseunterstützung wird beim 2. Bevollmächtigten, H. Händemeier, Vor dem rothen Thore 62, ausgezahlt.

Mainz. Die Zentral-Herberge befindet sich in der „Stadt Worms“, Rothe Kopfgasse.

Reiseunterstützung wird von 12—1 Uhr und Abends von 7 1/2—9 1/2 Uhr im genannten Lokale ausgezahlt.

Naumburg. Unsere Versammlungen finden alle 14 Tage im Restaurant „Nektar“ statt, die nächste am 3. März, Abends 8 Uhr.

Reiseunterstützung wird beim Kollegen Schmidt, Wilhelmshof 16, ausgezahlt.

Offenbach a. M. Die Reiseunterstützung gelangt bei E. Rößt, Schloßgrabenstraße 5, zur Auszahlung.

Rhein. Die Reiseunterstützung wird Abends nach 6 1/2 Uhr, in der Wohnung des Kollegen H. Kefers, Emsthor 52, ausgezahlt.

Stillingen bei Hannover. Die Versammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage Sonntags, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale zum Fischerhofe, Linden, statt.

Möthenburgsdorf. Am Sonntag, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, findet unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Müller, Grünler Deich, statt.

Schiffel. Unsere Mitglieder-Versammlung findet am Sonnabend, den 9. März, im Lokale des Herrn E. Vode in Schiffel, statt. — Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Reiseunterstützung wird bei H. Blume, Ferdinandstraße 22, 1. Et., Abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr, ausgezahlt.

Wandsbeck. Die Versammlungen finden jeden zweiten Mittwoch im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, in der Zentralherberge, Sternstraße, statt. Die nächste am 13. März.

Die Reiseunterstützung wird jetzt ausgezahlt bei W. Köhler, Hamburgerstraße 23.

Wedel. Die Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden 1. Sonntag im Monat, Abends 7 Uhr, im Lokale der Witwe Rahmke, Austraße, statt.

Reisenden Mitgliedern zur Kenntnissnahme, daß unsere Herberge sich bei H. Schümer, Hinterstraße, befindet.

Reiseunterstützung zahlt Kollege H. Kiecke, Am Moianenplatz, aus.

Wessau. Das Vereinslokal befindet sich in der Wirthschaft von Jakob Schnigger, Fruchtstraße Nr. 2. Dasselbst werden jeden Sonntag von 4—6 Uhr Beiträge erhoben. Außerdem können zu jeder Zeit Beiträge an den Vereinswirth entrichtet werden.

Wiesfeld. Die Versammlungen finden alle 14 Tage Sonntags, Nachmittags 4 Uhr, in der „Zentralhalle“ statt.

Wilhelmsburg. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, beim Gastwirth Konow, am Reiberstiege, statt. Die nächste am 10. März.

Inserate.

Wandsbeck. [1,50 Mt.]

Sonntag, den 10. März, findet ein

Unterhaltungs-Abend

im Lokale des Herrn C. Weisbecker, Ginstenstraße, statt, wozu alle Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Eintritt frei. — Mitgliedsbuch legitimirt.

Anfang 6 Uhr. Das Komitee.

Reise-Handb. für wandernde Arbeiter.

Mit 3 Karten, geb. 1,50 Mt. Durch J. Scherm, Nürnberg, alle Buchhandlungen und Kolportage. [0,75 Mt.]